

# Münchner Appell

gegen  
*Rechtspopulismus*  
und für ein  
*demokratisches*  
*Miteinander!*

In München – ebenso wie in anderen bayerischen Kommunen – sind rechtspopulistische Gruppen aktiv. Diese Gruppen verknüpfen die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggerieren eine Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“. Beispiel: Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung lautet ihre rassistische Gleichsetzung. Die Rechtspopulisten instrumentalisieren gesellschaftliche Fragen und soziale Problemstellungen, um etwa Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere Muslime als Verantwortliche für bestimmte Probleme zu kennzeichnen.

Es gibt religiösen Fundamentalismus, Verletzung von Menschenrechten und so genannte „Integrationsdefizite“. Doch können diese Konflikte nicht pauschal einzelnen gesellschaftlichen Gruppen angelastet werden, sondern müssen als gemeinsame Herausforderung aller Münchner Bürgerinnen und Bürger begriffen werden. Wir wenden uns gegen das Austragen gesellschaftlicher Problemlagen auf dem Rücken von Minderheiten und setzen uns für die Suche nach gemeinsamen Lösungsansätzen mit den Menschen vor Ort ein.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Rassismus und Ausgrenzung über den Umweg von Kulturkampf-Parolen und der Instrumentalisierung von religiösen Fragen im kommunalpolitischen Alltag an Einfluss gewinnen.

## Unterzeichner

- **Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat** für den Sprecherrat:  
*Oberbürgermeister Christian Ude,*  
*Weihbischof Engelbert Siebler,*  
*Evangelische Stadtdekanin Barbara Kittelberger,*  
*Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Dr.h.c.Charlotte Knobloch,*  
*Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität Prof. Dr. Bernd Huber,*  
*DGB Kreisvorsitzende München Simone Burger,*  
*Vorsitzender des Kreisjugendrings München-Stadt Tom Rausch*
- **ACILIM - präventive Arbeit mit Migrantenfamilien**
- **Arbeiterwohlfahrt München-Stadt e.V.,** Vorsitzender Jürgen Salzhuber
- **Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München,** Vorsitzende Nükhet Kivran
- **Bayerisches Rotes Kreuz,** Kreisverband München
- **Bezirksausschuss 9, Neuhausen-Nymphenburg**
- **chaverim, Freundeskreis zur Unterstützung des Liberalen Judentums e.V.**
- **DGB Bildungswerk München**
- **Doris Wuppermann Stiftung – Junge Menschen für Soziale Demokratie**
- **Evangelische Stadtakademie München**

- **Evangelische Studentengemeinde ESG an der LMU**
- **Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München** (firm)
- **Feierwerk e.V.**
- **Freunde Abrahams e.V.**
- **Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS),** Regionalstelle Oberbayern
- **Liberaler jüdischer Gemeinde München Beth Shalom e.V.**
- **München ist bunt! e.V.**
- **Münchner Volkshochschule (MVHS)**
- **Netzwerk demokratische Bildung München**
- **PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V.,** Bezirksverband Oberbayern
- **StadtschülerInnenvertretung München**
- **Universal Peace Federation – Deutschland e.V.,** Sektion München
- **Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.**
- **Zentrum für Islam in Europa - München (ZIEM)**
- **Zündfunk, das Szenemagazin auf Bayern 2**
- **Drachme – Magazin für Griechen und Griechen-landliebende**
- **Bezirksausschuss 4, Schwabing-West**
- **Bezirksausschuss 8, Schwanthalerhöhe**
- **AK Aktiv gegen Rechts bei ver.di München**

Bei [fgr@muenchen.de](mailto:fgr@muenchen.de) können Sie den Appell als Flyer kostenlos bestellen.

# *Um Rechtspopulisten den Boden zu entziehen, erachten wir die folgenden Punkte als wichtige Handlungsansätze.*

## **1.** *Verantwortung zeigen*

Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit insbesondere gegenüber islamfeindlichen Aktivitäten das Einfallstor für die kommunale Verankerung von Rechtspopulisten ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die frühzeitige und deutliche Positionierung des Münchner Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat vom Sommer 2011.

[www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Buendnis-fuer-Toleranz.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Buendnis-fuer-Toleranz.html)

## **2.** *Keine Instrumentalisierung von Glaubensfragen*

Die Anerkennung des Rechts auf freie Religionsausübung ist ein Grundrecht unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Zur Förderung eines respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe gehört auch die gesellschaftliche Integration des Islam in Deutschland.

Deshalb ist jede Form politischer Instrumentalisierung von Glaubensfragen zu vermeiden. Gemeinsame soziale und kulturelle Alltagsinteressen in unserer pluralistischen Stadtgesellschaft sollten in den Vordergrund gestellt werden.

## **3.** *Interkulturelle Konflikte und »Angst-Themen« offensiv diskutieren*

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen erörtert werden. Ziel ist es, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles und interreligiöses Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Moscheebauvorhaben, zum politischen Fundamentalismus und zu Problemen im Zusammenleben verschiedener „Kulturen“ (die keine homogenen Blöcke sind). Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung der diskriminierten Gruppen.

## **4.** *Rechtspopulistischen Einschüchterungsversuchen entschlossen und gemeinsam entgegentreten*

Rechtspopulismus in München setzen auf Veranstaltungsstörungen, auf das Versenden von Hassmails oder sie versuchen, gegen geplante religiöse Bauten insbesondere – von Muslim/-innen zu agitieren.

Das ist ein klarer Angriff auf unsere demokratische Diskussionskultur. Der offene und konstruktive Dialog soll so unterbunden werden. Wir werden unsere demokratischen Diskussions- und Handlungsräume nicht einschränken lassen und appellieren an alle Betroffenen, sich bei den Unterzeichnern Hilfe und Unterstützung zu holen.

*Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminierung.*